




TTIP aus der Sicht von Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften



Dr. Katrin DISTLER, DGB-Büro Europäische Regionalpolitik
20.05.2015, Freiburg

DGB-Büro Europäische Regionalpolitik

- Aufbau und Pflege der grenzüberschreitenden Kontakte mit den Gewerkschaften im benachbarten Ausland
- Interregionale Gewerkschaftsräte (IGR)
IGR Bodensee (A-CH-D-FL), IGR Dreiländereck (CH-D-F), IGR Euregio (D-F)
- Vertretung der DGB-Gewerkschaften
 - in Entscheidungsgremien von EU-Programmen, z.B. EURES-T, Interreg
 - in grenzüberschreitenden Gremien, z.B. Expertengruppe „Grenzgänger“ der Oberrheinkonferenz, Projektgruppe „grenzüberschreitende Ausbildung“ der Oberrheinkonferenz
- Beratung für Grenzgänger/innen 
- Vier Motoren für Europa

Beschluss vom DGB-Bundeskongress, Mai 2014: Freihandelsabkommen mit den USA aussetzen – kein Abkommen zu Lasten von Beschäftigten, Verbrauchern oder der Umwelt

- Problem: sechs der acht grundlegenden Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) wurden von den USA nicht ratifiziert:
 - Übereinkommen 87 zur Vereinigungsfreiheit
 - Übereinkommen 98 zum Recht auf Kollektivverhandlungen
 - Übereinkommen 29 zur Beseitigung von Zwangs- und Pflichtarbeit
 - Übereinkommen 100 zur Entgeltgleichheit
 - Übereinkommen 111 zur Abschaffung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf
 - Übereinkommen 138 zum Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung
- Die USA haben unterzeichnet:
 - Übereinkommen 105 zur Abschaffung von Zwangsarbeit
 - Übereinkommen 182 über schlimmste Formen von Kinderarbeit

Beschluss vom DGB-Bundeskongress, Mai 2014 – Forderungen:

- Beide Vertragspartner verpflichten sich, internationale Übereinkommen und Standards bei Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutz so schnell wie möglich zu ratifizieren und umzusetzen.
- Keine automatische gegenseitige Anerkennung von Regulierungen und Zulassungsverfahren
- Öffentliche Dienstleistungen müssen komplett aus den Verhandlungen mit den USA ausgenommen werden
- Stärkung des Prinzips sozial-ökologischer Vergabekriterien
- Kein Investor-Staat-Schiedsverfahren (Investor to State Dispute Settlement)
- Kein Regulierungsrat
- Aufnahme einer Revisionsklausel
- ➔ EU-Mitgliedsstaaten müssen der EU-Kommission ein neues Verhandlungsmandat erteilen

Gemeinsames Papier von DGB und BMWI, September 2014

- TTIP-Verhandlungsziele müssen sein:
 - Zusätzlichen Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten
 - Verbesserung von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Standards
 - Faire Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen
- Ablehnung von ISDS
- Kein Kapitel zum Investitionsschutz
- Daseinsvorsorge darf nicht Verhandlungsgegenstand sein
- Positivlisten-Ansatz
- Keine Stillstands- oder Ratchet-Klauseln

DGB-Position zu CETA: neu verhandeln!

- CETA-Text enthält „Investor to State Dispute Settlement“ Mechanismus
 - Vorschriften zur Förderung von Arbeitnehmerrechten in CETA sind so vage formuliert, dass sie nicht effektiv durchsetzbar sind
 - CETA-Kapitel zu Dienstleistungen geht nach dem Negativlisten-Ansatz vor
 - CETA enthält eine so genannte Ratchet-Klausel
- ➔ Die „TTIP-Blaupause“ CETA ist in dieser Form abzulehnen und muss neu verhandelt werden

Umsteuern für eine gerechte Globalisierung

- Der internationale Handel ist kein Selbstzweck, sondern muss den Menschen dienen.
- Anstatt Investoren mit CETA, TTIP & Co. zusätzliche Rechte zuzugestehen, muss festgelegt werden, welche Pflichten ausländische Investoren zu beachten haben, z.B. hinsichtlich der Gewährleistung von Sozialstandards
- Dumpingkonkurrenz muss verhindert werden. Dazu braucht es Regeln! Nur durch gemeinsame Regulierung, nicht durch Deregulierung schaffen wir eine gerechtere Globalisierung.